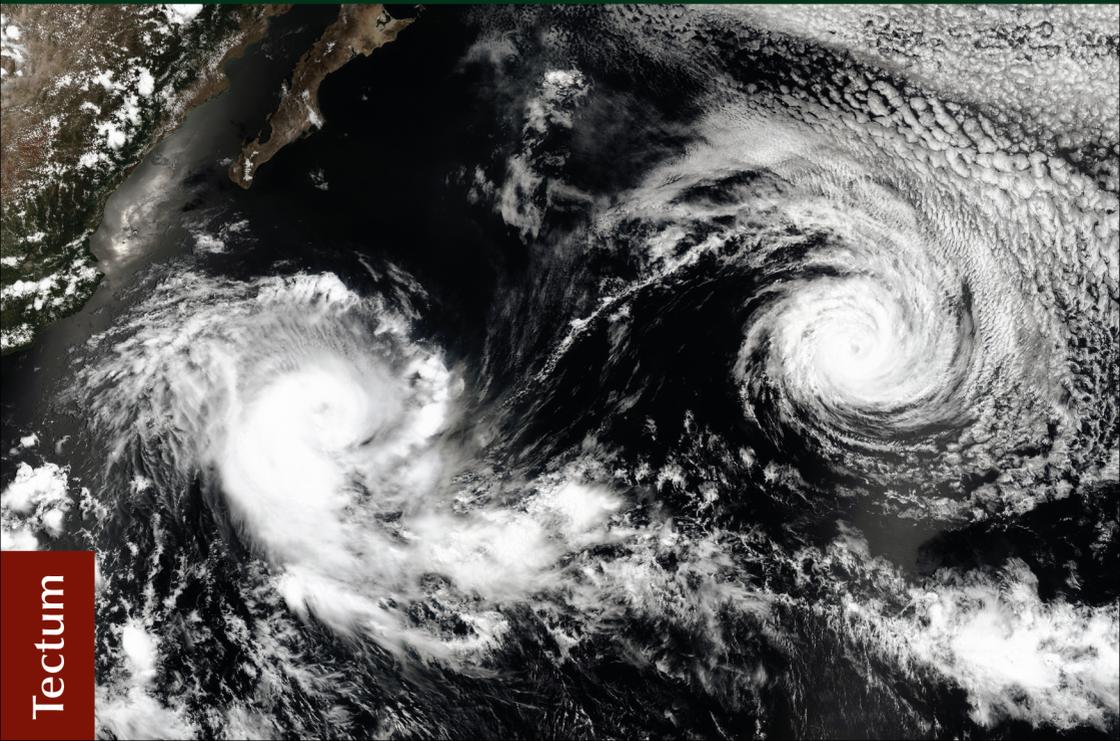


Lea Rahman

Neokoloniale Strukturen in der internationalen Klimapolitik

Eine postkoloniale Perspektive auf den Diskurs
im Rahmen der UN-Klimakonferenzen



Lea Rahman

**Neokoloniale Strukturen
in der internationalen Klimapolitik**

Lea Rahman

**Neokoloniale Strukturen
in der internationalen Klimapolitik**

**Eine postkoloniale Perspektive auf den Diskurs
im Rahmen der UN-Klimakonferenzen**

Mit einem Vorwort von PD Dr. Ulrich Roos

Tectum Verlag

Lea Rahman

Neokoloniale Strukturen in der internationalen Klimapolitik. Eine postkoloniale Perspektive auf den Diskurs im Rahmen der UN-Klimakonferenzen

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021

ePDF 978-3-8288-7662-0

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN

978-3-8288-4599-2 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag, unter Verwendung des Bildes

660442843 von NASA images | www.shutterstock.com

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Vorwort	VII
1. Einleitung	1
2. Erläuterung der Forschungsfrage	7
3. Postkoloniale Ansätze	11
3.1 Kolonialismus	14
3.2 Neokolonialismus	17
3.3 Epistemische Gewalt	23
3.3.1 Westen und Moderne	24
3.3.2 Der Entwicklungsdiskurs	27
3.3.3 Der Global-Governance-Diskurs	30
3.4 Poststrukturalismus und Marxismus	33
3.5 Ökologischer Imperialismus und Schuld	35
4. Kontextwissen und Forschungsstand	39
4.1 Internationale Klimapolitik	39
4.2 Schäden und Verluste	43
4.3 Forschungsstand	48
5. Epistemologische und ethische Positionierung	53
5.1 Erkenntnistheorie	53
5.2 Ethische Positionierung	56
6. Methodisches Vorgehen und Datenmaterial	61
6.1 Wissenssoziologische Diskursanalyse	61
6.2 Grounded Theory	65
6.3 Vorgehen bei der Analyse	69

7. Präsentation der Befunde	73
7.1 Unverbindlichkeit der Beschlüsse	74
7.2 Positionen im Diskurs	76
7.3 Fortdauern kolonialer Machtstrukturen	80
7.4 Wie wird Macht auf der Ebene des Wissens durchgesetzt und deutlich? Epistemische Gewalt im Diskurs	83
7.5 Reproduktion ökonomischer Ausbeutungs- verhältnisse und Ungleichheiten	88
7.6 Fortdauern und Verschärfung ökologischer Schuld und Ungleichheit	89
8. Fazit	93
Abkürzungen	99
Anhang	101
A 1. Selbstreflexion	101
A 2. Auswertung	102
A 2.1 Kategoriensammlung	103
A 2.2 Befunde in Bezug zur forschungsleitenden Heuristik	127
Literatur	139

Vorwort

Je intensiver die gravierenden Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels in das Bewusstsein der immer reflexiver werdenden Weltöffentlichkeit treten, umso mehr politische Aufmerksamkeit wird dem Problem und dessen Bearbeitung zuteil. Ein wesentliches Spezifikum des Klimawandeldiskurses ist daher wohl, dass die Nicht-Thematisierung des zugrundeliegenden Problems seitens staatlicher Akteure nicht (mehr länger) möglich ist. Zwar werden zu Dringlichkeit, Ursachen, Auswirkungen und zur Frage der Klimagerechtigkeit sehr unterschiedliche Positionen bezogen, aber das Thema zu ignorieren, es zu ver- oder gar totzuschweigen, es durch Non-Kommunikation aus der Welt zu halten, dies ist inzwischen unmöglich geworden. Der Klimawandeldiskurs wird die politische Kommunikation des 21. Jahrhunderts bestimmen. Und genau dies unterscheidet den Klimawandeldiskurs vom Diskurs über Neokolonialismus. Denn obwohl die bis heute andauernde imperiale Unterwerfung, die grausame Vergewaltigung ganzer Gesellschaften, die von nie enden wollender Gier getriebene Ausbeutung, die Versklavung des Menschen durch den Menschen sowie die immer neuen Formen von Ermordung, Folter und die altbekannten Rituale der Demütigung seit Jahrhunderten offensichtlich sind, wird die gegenwärtige neokoloniale Variante des hierfür ursächlichen Herrschaftsprozesses in den Gesellschaften des globalen Nordens weitgehend ignoriert. Umso vielversprechender erscheint der Versuch, diese beiden Formen von Gewalt – die gewaltförmige Veränderung des Weltklimas und die koloniale Gewalt – miteinander in Beziehung zu setzen und nach deren historischen und systemischen Zusammenhängen zu fragen und die Gegenwart dieser Zusammenhänge entlang eines klar konturierten Gegenstandsbereichs in den Blick zu nehmen. Die jährlichen Conferences of the Parties der UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) bilden einen gleichermaßen relevanten wie geeigneten Gegenstand, um der Frage nachzugehen, ob und gegebenenfalls wie neokoloniale Strukturen auch in der internationalen Klimapolitik sichtbar werden. Diese – von Lea Rahman aufgeworfene – Frage ist nicht bloß irgendwie relevant, sie nimmt den Nukleus gegenwärtiger Probleme des Weltregierens und der inter- wie transnationalen Politik in den Blick. Denn zwischen Klimawandel, Kolonialismus, Imperialismus, Extraktivismus und Hegemonie der neoklassischen Ökonomik besteht

nicht bloß irgendein Zusammenhang unter vielen im Kosmos der Zusammenhänge. Die Geschwindigkeit der Industrialisierung und ökonomischen Expansion der (zunächst europäischen) Staaten wäre ohne Kolonialismus und Imperialismus nicht denkbar gewesen und umgekehrt gilt dasselbe. Der Ressourcenraub, die Landnahme und die gewaltförmige Aneignung menschlicher Arbeitskraft befeuerten die ökonomische Expansion, die ökonomische Expansion potenzierte das Machtungleichgewicht zwischen Gewalttätern und deren Opfern, schuf ein totales System von Abhängigkeit und Dominanz, das etwa durch völkerrechtliche Fesseln konstruiert wurde. Dass die Autorin der vorliegenden Arbeit eingedenk dieser Faktenlage nicht der Versuchung erliegt, den (vermeintlich) „Stimmlosen eine Stimme geben“ zu wollen, ist wichtig. Denn schon der eine solche Absicht fundierende Befund wäre falsch: Die Dritte Welt, der Globale Süden verfügen über Stimme in der internationalen Politik. Sie sprechen und erklären ihr Leiden. Bloß, und dies bildet die Analyse in Übereinstimmung mit einer Vielzahl gleichlautender Studien ab, sind diese Stimmen im Vergleich zu jenen der Industriestaaten sehr leise, finden kaum Gehör und auch wenn es banal anmuten mag: Die Verletzlichkeit deren Lebenswelt bleibt in den untersuchten Sprechakten der Repräsentant*innen der Industriestaaten Randnotiz. Statt die juristische und historische Verantwortung für das eigene Handeln und dessen Auswirkungen zu übernehmen, zielt der globale Norden zuvorderst auf die totale Verunmöglichung jedweder juristischer Kompensationsansprüche zu erlittenen Verlusten und Schäden. An deren Stelle sollen „freiwillige Hilfsleistungen“ treten, in Verbindung mit der Idee, dass sogenannte Klimarisikoversicherungen die Lage in den betroffenen Gesellschaften retten könnten. Hierin zeigt sich nicht mehr, aber auch nicht weniger, als der absolute Wille zur möglichst endlosen Perpetuierung der ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse, also der Wille zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung des neokolonialen Herrschaftssystems. Der Raubzug soll weiter gehen. Das vorliegende Buch spricht also nicht für den globalen Süden, sondern dechiffriert aktuelle Ausformungen epistemischer Gewalt aus Perspektive und Position einer in den globalen Norden und sein System Eingebundenen. Die Befunde der vorliegenden, akribisch ausgearbeiteten, wissenssoziologischen Diskursanalyse reklamieren dabei nicht als Akt der Selbstreinschreibung für Dritte zu sprechen, sondern sprechen für sich und die Autorin auch zu sich selbst und den eigenen Gesellschaften

des globalen Nordens. Die Analyse adressiert insofern die kollektiven (Ge-)Wissens- und Entscheidungssysteme der hegemonialen Staaten sowie die Grundlagen des Legitimitätsglaubens spätkapitalistischer Gesellschaften.

Ulrich Roos
Frankfurt am Main, im Dezember 2020

